

EINBLICK

NACHRICHTEN AUS MEINEM WAHLKREIS UND BERLIN

IN DIESER AUSGABE:

Pressenachlese: Ulla Schmidt in Bad Schussenried	2
Pressenachlese: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster bei Zeitung und Schule	3
Lernen aus der Krise: Sozialdemokratische Konzepte für die Finanzmärkte von morgen	4
Veranstaltungsnachlese: - Dr. Theo Zwanziger - Dr. Walther Leisler Kiep - Sabine Bätzing, MdB	6

SPD-Regionalzentrum zieht nach Biberach

Ab 30. Oktober nimmt das SPD-Regionalzentrum in der Poststraße 7 (über meinem Bürgerbüro) in Biberach seine Arbeit auf.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD sind Montag bis Donnerstag von 9 bis 18 Uhr und Freitag von 9 bis 14 Uhr für die Bürgerinnen und Bürger da.

Telefonisch ist das Regionalzentrum erreichbar unter (07351) 587 57 90; Fax: (07351) 587 57 87.

Politischer Martini in Laupheim mit Staatsminister Gernot Erler

Auch in diesem Jahr lädt die SPD-Bundestagsfraktion zum "Politischen Martini" nach Laupheim ein, um über aktuelle politische Entwicklungen zu diskutieren. Als Gast konnte ich den Freiburger Bundestagsabgeordneten und Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler gewinnen.

In diesem August sind wir Zeugen eines dramatischen und blutigen Geschehens im Kaukasus geworden. Immer wieder haben wir gelesen, dass sich die Weltpolitik an einem Wendepunkt befinde. Zwar konnte die EU nach wenigen Kriegstagen erfolgreich vermitteln. Aber von einer dauerhaften Entspannung im Kaukasus kann vorerst keine Rede sein. Und es gibt eine kontroverse Diskussion darüber, wie wir künftig unser Verhältnis mit Russland gestalten sollten. Die Verunsicherung, besonders in der unmittelbaren Nachbarschaft Russlands, ist bedrohlich angewachsen.

Wie die Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik aussehen und wie die deutsche Politik auf diese Situation reagiert - dafür ist Gernot Erler ein sachkundiger und erfahrener Gesprächspartner.

Ich lade alle Interessierten herzlich ein, am
Donnerstag, 13.11.2008
um 19.30 Uhr
in das Kolpinghaus Laupheim
zu kommen und mit Gernot Erler zu diskutieren.
U. A. w. g. unter: martin.gerster@bundestag.de

Der Verkehr kann rollen!

Endlich ist es soweit: Die Ortsumfahrung Uttenweiler ist fertig gestellt. Nach mehr als 3jähriger Bauzeit und Investitionen des Bundes in Höhe von 11,2 Millionen Euro ist jetzt die B312-Ortsumfahrung freigegeben worden.

Für die Bürgerinnen und Bürger ein großer Erfolg - schließlich haben sie jahrzehntelang für eine Ortsumfahrung und damit weniger Verkehr in Uttenweiler gekämpft.



*Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,*

ereignisreiche Wochen liegen hinter uns. Die Finanzkrise hat eine ungeahnte Dynamik entwickelt, der wir mit einem großen Kraftakt und in nie da gewesener Schnelligkeit begegnen mussten. Diese Ausgabe des Einblicks beschäftigt sich vorwiegend mit diesem Thema.

Aber auch für die SPD war der Oktober ein Monat der Entscheidung. Mit der Wahl von Franz Müntefering zum Parteivorsitzenden und der Nominierung von Frank-Walter Steinmeier zum Kanzlerkandidaten hat die SPD die Weichen für die Bundestagswahl 2009 gestellt. Ich bin überzeugt: Wir gehen gut aufgestellt in die Auseinandersetzung mit der Union. Wir haben einiges geschafft in dieser Legislaturperiode - und wir haben die Konzepte, mit denen wir auf die großen Fragen der nächsten Jahre klare und sozial gerechte Antworten geben.

Und nun wünsche ich Ihnen viel Spaß an meinem neuen Einblick!

7000 PROTESTUNTERSCHRIFTEN UND EIN SCHNAPSFLÄSCHLE: ULLA SCHMIDT IN BAD SCHUSSENRIED

(Artikel von Klaus Nachbaur,
Schwäbische Zeitung 28.10.2008)

28.10.2008 - BAD SCHUSSENRIED - Martin Gerster, der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete, hat gestern seine Parteifreundin Ulla Schmidt nach Oberschwaben gelockt. Die ist Bundesgesundheitsministerin, also schon qua Amt nicht ganz unumstritten. Aber die Dame scheint inzwischen mit einem dicken Fell gesegnet – und rheinisch frohnatürlich ist sie ebenfalls.

Die segensreiche Erfindung von Punkt und Komma ist bei Ulla Schmidt nicht recht angekommen, zumindest hört man nichts davon. Sie redet Sätze, die würden gedruckt locker eine halbe DIN-A-4-Seite füllen, vielleicht auch mehr. Das ist natürlich ein schwieriges Unterfangen, und manchmal merkt Ulla Schmidt auch, dass sie sich nicht mehr so recht an den Anfang erinnern kann.

Dann kommt ein fröhliches, kurzes Lachen, welches sie aus ihrer rheinischen Heimat mitgebracht hat, und dann geht's hurtig weiter ohne Punkt und Komma. „Ich hätte gerne ein System gehabt, aber noch niemand hat eine Antwort gefunden...“, bekommen die 400 Zuhörer in der Stadthalle von Bad Schussenried beispielsweise zu hören.

Sie lauschen dennoch gespannt und ahnen wahrscheinlich: Was diese Ministerin zu verkünden hat, das ist so ungeheuer komplex und kompliziert und vertrackt und verflixt und zugenäht, dass es menschliche Kapazitäten übersteigt, alles schön auf eine Reihe zu bringen.

„Ich bewundere Ihren Mut, in die Höhle des Löwen zu kommen“, sagt Wolfgang Rieger, der Geschäftsführer des Zentrums für Psychiatrie (ZfP) in Bad Schussenried, der eine veritable Hausmacht von rund 200 ZfP-Beschäftigten mitgebracht hat. Und dann trägt er dem Gast seine Sorgen und Nöte vor, genauso wie Arnulf Haas von der Kreisärzteschaft und Hartmut Masanek, der Geschäftsführer der Biberacher Kreiskliniken. Ulla Schmidt hört zu.

Leider gibt es aber eine gewisse Asymmetrie in der Wahrnehmung der Bedeutung dieses Auftritts: Für die Besucher ist es ein besonderes Ereignis, mit der Berliner Gesundheitsgewaltigen ins Gespräch zu kommen – für Ulla Schmidt ist es halt einer von hundert ähnlichen Auftritten pro Jahr. Natürlich hat sie all das schon zimal gehört, natürlich wird sie hinterher nicht so beeindruckt sein, dass sie schnell ein paar Geldhähne aufdreht, und natürlich ist sie routiniert genug, alles, was da an Vorschlägen, Interessenslagen und Klagen auf sie einprasselt, irgendwie zur Kenntnis zu nehmen – und gleichzeitig an sich abprallen zu lassen.

Als Arnulf Haas beispielsweise beklagt, mit 55 Euro pro Quartal und Patient sei nicht einmal ein Klempner ins Haus zu locken, kontert die Ministerin mit einer anderen Zahl: Ein badenwürttembergischer Hausarzt bringe es durchschnittlich auf einen ordentlichen Jahresumsatz von 220 000 Euro. Ach, all diese Zahlen. 7000 Protestunterschriften nimmt sie genauso freundlich entgegen wie ein Präsentkorb des Biberacher



Ulla Schmidt trug sich in die Goldenen Bücher von Landkreis Biberach und der Stadt Bad Schussenried ein, links Kreisklinikengeschäftsführer Hartmut Masanek, rechts Martin Gerster.

Landrats mit einem Schnapsfläschle drin („für den Knoten im Bauch“) oder ein Handtuch vom Bad Schussenrieder Bürgermeister („zum Abwischen der Schweißperlen“). Alles dreht sich halt um die Gesundheit.

„Ich habe ein sehr offenes Ohr, wo auch die Sorgen der Einzelnen sind“, versichert die Dame im eleganten braunen Blazer, und obwohl die Grammatik des Satzes weniger elegant ist, klingt er einigermaßen glaubwürdig. Ulla Schmidt kämpft tapfer gegen die Befürchtung des Kreisärzteschaftsvertreters an, die Veranstaltung in Bad Schussenried habe für sie wahrscheinlich „den Charme einer Senioren-Kaffeefahrt, und morgen haben Sie alles wieder vergessen“. Sie preist das deutsche Gesundheitswesen als eines der weltbesten, verteidigt den beschlossenen Gesundheitsfonds – und beugt übertriebenen Erwartungen im selben Atemzug vor: „Ich habe nicht den Anspruch, dass ab Januar alles einwandfrei funktioniert.“ Damit rechnet wohl niemand im Saal.

FREUNDLICHE GRUNDSTIMMUNG

So schlimm ist diese Löwenhöhle für Ulla Schmidt eigentlich nicht. Immer, wenn die Ministerin zu ihrem Fraktionskollegen Martin Gerster auf dem Podium hinüberblickt, nickt der vollautomatisch verständnisvoll, und der Applaus aus dem Publikum, den sie trotz allem immer wieder einheimst, deutet eher auf eine freundliche denn renitente Grundstimmung hin. Der Grund dürfte sein: Die Dame hat einfach Charme – kein schlechtes Kapital in diesem Job.

Einzig ein Landarzt („seit 25 Jahren“) will sich davon gar nicht beeindrucken lassen. „Ich wundere mich, wie Sie das alles so rosarot schildern können“, poltert der Medicus. Die Ministerin sei „beratungsresistent“ und habe „einen bürokratischen Wust verursacht“. Sein erbostes Fazit: „Sie können diese Probleme nicht lösen, weil Sie Teil des Problems sind.“

AUCH BEI DEN POLITIKERN IST DER BALL RUND: DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE MARTIN GERSTER BEI ZEITUNG UND SCHULE

(Artikel von Anna Maria Tieck, Albote, 23.10.2008)

Schule und Zeitung mal politisch - der Bundestagsabgeordnete Martin Gerster war zu Gast in der Mensa des Graf-Eberhard-Gymnasiums. Er erzählte von Fußball, der Schule und seiner Arbeit als Politiker.

Bad Urach "Politik bedeutet Entscheidungen zu treffen, die die Zukunft bestimmen. Deswegen müssen sich besonders junge Menschen beteiligen und sich für die Politik interessieren", sagte gestern der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster bei der dritten Veranstaltung von Zeitung und Schule.

Rund 120 Acht- und Neuntklässler der Bad Uracher und Metzinger Gymnasien sowie der Realschule Pliezhausen kamen in der Mensa des Gymnasiums zusammen, um dem 37-jährigen Abgeordneten aus Biberach Fragen zur Politik, dem Bundestag und seinem Privatleben zu stellen.

Wie es bei jedem so ist, hat auch Martin Gerster einmal klein angefangen. Ab der fünften Klasse engagierte er sich bei der Schülerzeitung. Nach seinem Abitur wollte er Redakteur werden. Zuerst folgte eine Ausbildung, dann begann er unter anderem Politikwissenschaften zu studieren. Nebenbei arbeitete er als freier Journalist.

Doch dabei blieb es nicht: 2001 war er in Amerika, um beim Senatoren-Wahlkampf von Hillary Clinton mitzuhelfen. "Das war dann die Zeit, in der ich in die Politik reinrutschte", schildert Gerster.

Und nachdem der SPD-Politiker 2005 in den Bundestag gewählt wurde, will

er zunächst auch in der Politik bleiben - "zumindest für die kommenden vier Jahre", fügt er an. Darüber, dass er einmal nicht gewählt werden könnte, macht sich der Volksvertreter noch keine Sorgen. "Ich wär dann arbeitslos.

Fürs erste müsste ich mir einen neuen Job suchen. Doch darüber", so Gerster, "mache ich mir dann erst am Tag nach der verlorenen Wahl Gedanken." Die Schüler waren vor allem an den Themen interessiert, die sie selbst betreffen.

So erntete das Bundestagsmitglied für seine Antwort nach seiner Meinung über das G8-Schulsystem tosenden Beifall. "Das System wurde völlig falsch eingeführt. Man hätte mehr über die Lerninhalte und über den Lehrplan diskutieren müssen", führt er an. Aber auch über die Ganztagschulen konnte er etwas sagen. "Das ist eine gute Chance, die man nutzen sollte. Allerdings kann man nicht eine Halbtagschule nehmen und die mal zwei nehmen", fordert Gerster.

Das Einführen von Arbeitsgemeinschaften und Projekten sei seiner Ansicht nach eine bessere Möglichkeit, die Ganztagsbetreuung umzusetzen. "Mit Projekten kann man die Schüler näher an das Leben bringen. Man holt die Welt in die Schule", erklärt der Volksvertreter.

Deshalb unterstütze er nur zu gern das Projekt "Zeitung und Schule". Er habe Spaß daran, mit jungen Menschen zu diskutieren. Gleichzeitig könne er den Jugendlichen auch noch einen Einblick in das Leben eines Politikers geben, erläutert er.



Schüler stellen dem Politiker Fragen

Foto: Anna Maria Tieck

Doch gerade das Leben eines Vollblut-Politikers ist nicht ganz einfach. Geprägt von Besprechungen und langen Sitzungen in der Fraktion oder dem Bundestag ist ein Tag als Abgeordneter recht anstrengend.

"Eine Woche in Berlin, die nächste wieder in Biberach und so weiter. Man hat keine Zeit für Verein, Musik oder Hobbys. Auch am Wochenende ist man eingespannt", schildert Gerster. Doch der Spaß kommt in der Politik nicht zu kurz. Mit anderen Ministern spielt der 37-Jährige beim FC Bundestag - der Fußballclub für Abgeordnete. "Da lernt man sich einfach besser kennen, und man hat Gelegenheit, aus dem Arbeitsalltag auszubrechen", beschreibt Gerster.

Etwas ernster wurde es, als die Schüler auf aktuelle Themen zu sprechen kamen. Die Finanzkrise beschäftigt momentan die ganze Welt. "Wir können nur hoffen, dass sich daraus keine Wirtschaftskrise entwickelt. Die Banken misstrauen sich gegenseitig und wollen den Unternehmen keine Kredite geben. Den Menschen fehlt die Kaufkraft, Arbeitsplätze gehen verloren, und die Wirtschaft funktioniert nicht mehr", erklärt Gerster mit wenigen Worten.

LERNEN AUS DER KRISE: SOZIALDEMOKRATISCHE KONZEPTE FÜR DIE FINANZMÄRKTE VON MORGEN

Nach wie vor halten uns die Turbulenzen auf den Finanzmärkten in Atem. Hoffnungen, es würde noch einmal glimpflich abgehen, haben sich nicht bewahrheitet. Wir befinden uns inmitten der schwersten Krise der Finanzmärkte seit 80 Jahren. Und nach wie vor droht der entstandene Schaden massiv auf die Realwirtschaft durchzuschlagen.

Dramatische Zeiten wie diese erfordern drastische Maßnahmen. 500 Milliarden Euro umfasst das Rettungspaket, das wir vor knapp zwei Wochen in Eilverfahren verabschiedet haben. Mit allein 400 Milliarden Euro garantiert der Staat für die Refinanzierung deutscher Finanzinstitute. Dieses Geld bleibt in Staatshand, solange nicht der Ernstfall eintritt und im Kapitalaustausch zwischen Banken massive Zahlungsschwierigkeiten verbleiben.

Für konkrete Ausfälle durch geplatzte Kredite werden zunächst 20 Milliarden bereitgestellt. Weitere 80 Milliarden stehen den Unternehmen des Finanzsektors zur schnellen Deckung ihres Eigenkapitals zur Verfügung.

Klar ist, dass wir die Banken für diese umfassenden Hilfeleistungen in die Pflicht nehmen. Werden die entsprechenden Hilfen in Anspruch genommen, fallen Einschnitte bzw. Einschränkungen bei den Managervergütungen, Überprüfung der geschäftspolitischen Ausrichtung usw. an.

Vorwürfe, der Staat werfe den eigentlichen Verursachern der Krise nun das Geld hinterher, entbehren jeglicher Grundlage. Dennoch gilt es, die Ursachen und die Verursacher klar zu benennen.

Der ökonomische Scherbenhaufen vor dem wir jetzt stehen, ist die direkte Folge der organisierten Verantwortungslosigkeit, von der die Finanzmärkte in den vergangenen Jahren geprägt wurden. Wer wie die SPD eine stärkere Regulierung forderte, wurde seinerzeit nur mitleidig belächelt.

Liberalisierung und die Maximierung der Gewinne für die Anteilseigner galten als das allein seligmachende Credo eines Marktes, der nur noch dem Prinzip der Gier folgte und dafür unverantwortliche Durchreichung von Risiken in Kauf nahm, die selbst Experten nicht mehr einschätzen konnten. Heute ist auch den hartnäckigsten Wortführern der neoliberalen Lobby das Lächeln vergangen.

Die Finanzkrise ist eine Krise des Neoliberalismus, ja des globalisierten Kapitalismus insgesamt. Den freien Markt dem Prinzip sozialer Verantwortung zu unterwerfen, ist die historische Mission der Sozialdemokratie. Es ist deshalb an uns, die Initiative zu ergreifen und Antworten auf das Scheitern der entfesselten Märkte zu geben.

„Finanzmärkte bedürfen der politischen Gestal-

tung“, so steht es in unserem Grundsatzprogramm. Diesem Grundsatz müssen wir gerecht werden, um Wege aus der aktuellen Vertrauenskrise zu finden und weitere Entwicklungen dieser Art in Zukunft zu vermeiden.

Bereits im November 2007 hat der SPD-Parteivorstand die Projektgruppe „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“ unter Leitung von Finanzminister Peer Steinbrück eingerichtet. Am 27. Oktober 2008 hat das hochklassig besetzte Gremium seinen *Abschlussbericht* vorgelegt. *Vierzehn Forderungen* sollen das Verhältnis von Markt und Staat wieder ins Gleichgewicht bringen:

1. Die Finanzinstitute sollen verpflichtet werden, *mehr Eigenkapital und Liquidität* bereit zu halten, um weniger anfällig für Entwicklungen wie dem Platzen der US-Immobilienblase bzw. dessen Folgen zu sein.

2. *Strengere Bilanzierungspflichten* sollen dafür sorgen, dass Risiken durch spekulative Finanzprodukte nicht mehr verschleiert werden können, indem man sie beispielsweise in Zweckgesellschaften auslagert.

3. Durch die Vorschrift, dass Finanzinstitute bei Verbriefungen mindestens *20 Prozent des Risikos selbst tragen* müssen, soll vermieden werden, dass unsichere Finanzprodukte ohne Rücksicht auf das darin enthaltene Risi-

ko weiterverkauft, gebündelt und somit immer undurchschaubarer werden. Diese Praxis hatte - in Form des Handels mit unsicheren US-amerikanischen Immobilienkrediten („Subprime“) - den Ausgangspunkt der gegenwärtigen weltweiten Krise gebildet.

4. *Das Verbot von schädlichen Leerverkäufen* soll auf internationaler Ebene Spekulationen auf fallende Aktienkurse vorbeugen. Solche Operationen hatten zur Verschärfung der Krise beigetragen.

5. Schuld an der ausufernden Gier der Verantwortlichen waren nicht zuletzt die einseitig an Renditemaximierung ausgerichteten *Anreiz- und Vergütungssysteme* im Finanzsektor. Diese gilt es auf Grundlage internationaler Übereinkünfte zu reformieren. Wir wollen auf dieser Basis gegen überhöhte und undurchsichtige Managervergütungen vorgehen sowie Gewinne aus verwalteten Investorengeldern einer konsequenten Besteuerung unterwerfen.

6. In engem Zusammenhang damit steht auch unsere Forderung, *die Verantwortlichen* für Fehlentwicklungen, wie wir sie im Finanzsektor beobachten mussten, auch persönlich für die Folgen ihres Handelns *haftbar* zu machen. Auch hierfür braucht es in einer globalisierten Ökonomie verbindliche internationale Standards.

(Fortsetzung auf Seite 5)

LERNEN AUS DER KRISE: SOZIALDEMOKRATISCHE KONZEPTE FÜR DIE FINANZMÄRKTE VON MORGEN (FORSETZUNG)

7. Um die Einhaltung solcher Standards gewährleisten zu können, gilt es unbedingt, das System der europäischen Bankenaufsicht weiterzuentwickeln und zu stärken. Wir müssen deshalb die Zusammenarbeit aller Aufsichtsbehörden in der EU-Bankenrichtlinie verankern. In einem nächsten Schritt muss den entsprechenden Gremien die Möglichkeit gegeben werden, bei der Kontrolle einer internationalen Bank auch für alle Beteiligten verbindliche Entscheidungen zu treffen. Von diesem Ziel ist man in Europa leider noch weit entfernt.

8. Einen besonders schönen Beitrag bei der Zuspitzung der aktuellen Finanzkrise lieferten die so genannten „Rating-Agenturen“, denen die Qualitätsbewertung von international gehandelten Finanzprodukten unterliegt. Speziell durch ihr Versagen fanden die problematischen Verbriefungen ungedeckter Kredite reißenden Absatz und massive Verbreitung. Es gilt zu prüfen, ob eine europäische Rating-Agentur als Gegengewicht zu den derzeit nur in den USA angesiedelten Instituten sinnvoll ist.

Auch muss sichergestellt werden, dass Rating-Agenturen nicht gleichzeitig Finanzprodukte bewerten und Finanzinstitute beraten, wie es bislang gang und gäbe war. Überdies ist es notwendig, diese Agenturen einer eigenständigen europäischen Kontrolle zu unterwerfen und die grundsätzliche Gewichtung ihrer

Beurteilungen kritisch zu hinterfragen.

9. Wenn wir die Defizite des Finanzsystems auf globaler Ebene angehen wollen, sollten wir zunächst die Einrichtungen stärken, die hier kontrollierend und regulierend eingreifen sollen. Dafür muss der Internationale Währungsfonds (IWF) neu organisiert werden. Derzeit gehören ihm 185 Staaten an, was ihm eine besondere Legitimität verleiht. Durch eine enge Zusammenarbeit mit dem *Financial Stability Forum (FSF)* – einem staatenübergreifenden Zusammenschluss von Zentralbanken und anderen Organisationen aus dem Bereich der Finanzaufsicht – sollte es möglich sein, die vorhandenen Frühwarnkapazitäten bei drohenden Finanzkrisen zu vernetzen und auszubauen.

10. Zu den größten Gefahren für die Stabilität des internationalen Finanzsystems zählen so genannte „Hedge-Fonds“ und „Private-Equity“-Firmen, deren Handeln dringend einheitlichen Regelungen unterworfen werden muss. Bei Hedge-Fonds handelt es sich um Geldanlageeinrichtungen, die in ihrer Arbeit, dem An- und Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und Geldmarktprodukten, grundsätzlich keinen Anlagerichtlinien unterliegen. Die Private-Equity-Branche versucht Profit aus zeitlich befristeten Kapitalbeteiligungen an Unternehmen mit geringer Eigenkapitaldecke zu ziehen. Beides sind hochspe-

kulative Geschäftsmodelle, denen immense Sprengkraft sowohl für Finanzmärkte und als auch Realwirtschaften innewohnt.

11. Auch im Bereich sog. Staatsfonds, die Gelder aus staatlicher Hand anlegen und verwalten, gilt es, mehr Transparenz einzufordern. Auf diesem Gebiet sind gegenwärtig erfreuliche Fortschritte auf globaler, europäischer und bilateraler Ebene zu verzeichnen. Weitere Schritte werden wir konstruktiv begleiten.

12. Um unsere Unternehmen vor den Einflüssen fragwürdiger Investoren zu schützen, ist es wichtig, die *Beteiligungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer* weiter zu stärken. Deshalb gilt es, die drohenden Strafen zu verschärfen, wenn Unternehmen – beispielsweise bei Übernahmen, Fusionen, Kapitalerhöhungen und Börsengängen – ihre Informationspflicht gegenüber den Betriebsräten nicht ernst nehmen.

13. Nach wie vor existieren auch in Europa *Steueroasen*, die davon leben, sich als weitgehend regulierungs- und rechtsfreie Kapitalhäfen für Steuerflüchtlinge anzudienen. Um ihnen das Wasser abzugraben, wollen wir die EU-Zinsrichtlinie überarbeiten, in der die Besteuerung der Zinseinnahmen von EU-Bürgern geregelt ist. Sie lässt gegenwärtig noch zu viele Schlupflöcher, um Steuerhinterziehung wirksam zu unterbinden. Hinterzoge-

ne Steuern sollten künftig mit weitaus mehr als den gegenwärtig geltenden Zinssatz von sechs Prozent zurückgefordert werden.

14. In der Krise bewährt hat sich das *dreigliedrige Bankensystem*, das im Gegensatz zum angelsächsischen Modell neben Geschäftsbanken auch Genossenschaftsbanken und Sparkassen kennt. Hierzulande garantiert der intensive Wettbewerb der drei Anbietergruppen ein kostengünstiges, flächendeckendes Angebot an Finanzdienstleistungen und hat geholfen, die schädlichen Auswirkungen der internationalen Entwicklung teilweise abzufedern. Sparkassen in Aktiengesellschaften und andere privatrechtliche Organisationsformen umzuwandeln, ist deshalb der falsche Weg.

Im Bereich der Landesbanken hingegen besteht teilweise drastischer Konsolidierungsbedarf. Nicht tragfähige Geschäftsmodelle müssen über Bord geworfen und neue Strukturen geschaffen werden, die allzu riskante Finanzmanöver unnötig machen und gleichzeitig angemessene Erträge ermöglichen.

Diese Punkte umreißen die sozialdemokratischen Antworten auf die komplexen Fragen, vor die uns die weltweite Finanzkrise stellt. Ohne solche Verkehrsregeln ist der nächste Crash nur eine Frage der Zeit. Deshalb müssen und werden wir schneller sein.

Impressum:**Martin Gerster, MdB**

Büro Berlin:
 Deutscher Bundestag
 11011 Berlin
 Telefon: (030) 227 74711
 Fax: (030) 227 76721
 E-Mail: martin.gerster@bundestag.de

Bürgerbüro Biberach:
 Poststraße 7
 88400 Biberach
 Telefon: (07351) 300 3000
 Fax: (07351) 300 3001
 E-Mail: martin.gerster@wk.bundestag.de

V.i.S.d.P.

Martin Gerster, MdB

Redaktion und Layout

- Berlin:
 Beate Klein
 Oliver Stegemann
 Alexander Geisler

- Biberach:
 Wolfgang Heinzel

Die Redaktion freut sich
 über Kritik und Anregungen.

Bürgersprechstunde

Die nächste Bürgersprech-
 stunde findet am

Dienstag, 9. Dezember 2008

statt. Von 10 bis 12 Uhr
 stehe ich in meinem Büro
 in Biberach, Poststraße 7,
 für Gespräche jeder Art zur
 Verfügung. Eine Anmeldung
 ist nicht erforderlich.

Rückmeldung:

Wenn Sie den „Einblick“
 künftig nicht mehr erhalten
 möchten, schicken Sie bitte
 eine Mail an mein Büro:
 martin.gerster@bundestag.de

Im Oktober konnte ich mehrere Veranstaltungen anbieten und durchführen und dabei ein sehr breites Themenspektrum abdecken. Den Auftakt machte das Sportforum mit DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger, gefolgt vom Ehrenvorsitzenden der Atlantik-Brücke Dr. Walther Leisler Kiep und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Sabine Bätzing, MdB.

Sportforum Biberach

Zusammen mit dem Sportkreis Biberach ist es mir gelungen, DFB-Präsident Dr. Theo Zwanziger für eine Veranstaltung in Biberach zu gewinnen. Zunächst wurde das neue Minispielfeld bei der Malischule, das aus Mitteln des DFB gefördert wurde, von Theo Zwanziger eröffnet.

Danach sprach der DFB-Präsident in der Stadthalle in einem Eingangsreferat über den Wert des Sports und die Funktion von Sport und den Sportlerinnen und Sportlern als Vorbildern in unserer Gesellschaft. Im Anschluss diskutierten der Rektor der Malischule Karl Schley, die Sportkreisvorsitzende Elisabeth Strobel, der Oberbürgermeister der Stadt Biberach Thomas Fettback und Dr. Theo Zwanziger über die Integrationskraft des Fußballs, über die zunehmende Bedeutung des Schulsports und die Situation im Schiedsrichterwesen.

Gerade auch aus den Fragen des Publikums konnte man erkennen, wie wichtig es ist, dass sich Profifußballer an ihre Vorbildfunktion erinnern. So vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht irgendwo in der Bundesrepublik Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter Opfer von Übergriffen durch Spieler und Zuschauer werden. Auch hierfür fand der DFB-Präsident klare Worte und verurteilte den unverantwortlichen Umgang mit Sportskameradinnen und -kameraden. „Ohne die Schiedsrichter würde es keinen Fußball geben—weder Amateurfußball und schon gar nicht den Profibetrieb“ erinnerte Theo Zwanziger und forderte einen respektvollen Umgang miteinander.

Besonders gefreut habe ich mich, dass Dr. Zwanziger spontan auf meinen Vorschlag einging und neben den von mir verlosteten Berlinfahrten noch zwei Karten für das DFB-Pokalfinale als Preis zur Verfügung stellte. Allen Gewinnern wünsche ich viel Spaß bei ihrem Berlinbesuch.

Amerika vor der Wahl

In wenigen Tagen wird der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Grund genug für mich, den Ehrenvorsitzenden der Atlantik-Brücke, Dr. Walther Leisler Kiep als ausgewiesenen Amerikaexperten nach Biberach zu einladen. Dr. Kiep war viele Jahre der Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die sich seit 1953 um die Verbesserung transatlantischer Beziehungen kümmert.

In seinem Vortrag wurde Walther Leisler Kiep sehr deutlich, als er sagte: „Ein Neuanfang für die USA ist nur mit Obama möglich“ und fügte später noch hinzu, er hoffe auf und bete für die Wahl von Barack Obama. Nach Ansicht von Kiep hat der amtierende Präsident Bush dem Ansehen der USA im Ausland und den transatlantischen Beziehungen Schaden zugefügt. Durch den Irakkrieg, die Gefangenenlager in Guantánamo, das Stocken der Ratifizierung internationaler Vereinbarungen, wie den Verträgen zur atomaren Abrüstung, der Ablehnung des internationalen Strafgerichtshofs und nicht zuletzt die Verweigerung des Kioto-Protokoll zu unterschreiben, habe Bush dem amerikanischen Volk und der neuen Regierung eine schwere Hypothek hinterlassen.

Auch innenpolitisch habe sich Bush von seinem Volk entfernt, da von der Steuerreform nur die Reichsten profitierten, während es dem Rest der Bevölkerung schlechter gehe als zu Beginn seiner Amtszeit. Noch immer leben 45 Millionen Amerikaner ohne Krankenversicherung - ein Zustand, den wir uns kaum vorstellen können.

Drogenprävention beginnt in der Familie

Einen Tag lang besuchte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing auf meine Einladung hin den Wahlkreis Biberach-Wangen.

Dabei informierte sie sich über die Präventionsprogramme im Landkreis Biberach und besuchte die Fachklinik für Suchterkrankungen Hohenrodt. Beim Besuch der Klinik war ich tief bewegt von den Gesprächen mit Patienten, die uns offen und schonungslos ihren Weg in die Sucht schilderten.

Gerade vor diesem Hintergrund war ich Sabine Bätzing sehr dankbar, als sie bei der Diskussion mit Eltern und Vereinsvertretern deutlich machte, dass wir die Drogenprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angehen müssen. Sie beginnt in der Familie, geht aber auch in Schule und in den Vereinen weiter.